

Bezugspreise

für Österreich-Ungarn
ganzjährig K 6.—
halbjährig K 3.—

für Amerika:
ganzjährig D. 2.—

für das übrige Ausland
ganzjährig K 6.50

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
gegeben.

Gottscheer Bote.

Erscheint mit einer illustrierten Beilage „Wandermappe“ am 4. und 19.
eines jeden Monates.

Bestellungen übernimmt die Verwaltung des Gottscheer Boten in Gottschee Nr. 121.

Berichte sind zu senden an die Schriftleitung des Gottscheer Boten in Gottschee.

Anzeigen (Inserate)

werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Die „Wandermappe“ ist
nur als Beilage des Gott-
scheer Boten erhältlich.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Nr. 10.

Gottschee, am 19. Mai 1918.

Jahrgang XV.

Die Regierung über die südslawische Frage.

In der am 4. Mai abgehaltenen Obmännerkonferenz gab der Ministerpräsident Dr. v. Seidler in längeren Ausführungen die Gründe bekannt, die gegenwärtig für eine Vertagung des Reichsrates sprechen. Für Böhmen wurde die Errichtung von Kreishauptmannschaften im Verordnungswege angekündigt, zugleich auch Maßnahmen gegen das Überhandnehmen der staatsfeindlichen Agitation unter den Südslawen.

Über die südslawische Frage äußerte sich der Ministerpräsident, wie folgt: Was den Süden anbelangt, so besteht die südslawische Frage und sie bedarf einer Behandlung. Redner wisse nicht, ob ein südslawischer Staat einmal entstehen werde. Ausgeschlossen sei dies wohl nicht. Aber hier darüber zu sprechen, sei unmöglich, weil nicht bloß Österreich, sondern auch Ungarn und Bosnien in Betracht kommen. Von einem Vorgehen könne also nicht die Rede sein. Redner wolle auch darüber nicht sprechen, ob einzelne österreichische Gebiete angeschlossen werden könnten, aber eines sei ziemlich klar, daß, wenn ein solches staatliches Gebilde entsteht — selbstverständlich könne nur von einem solchen die Rede sein, das unter dem Szepter Sr. Majestät stünde und einen integrierenden Bestandteil der Monarchie bilden würde — es nicht aus den Friedensbedingungen herauswachsen wird und daß nicht jene Teile des österreichischen Staatsgebietes einbezogen werden könnten, die auf dem Wege zur Adria liegen und die in inniger Verbindung mit dem deutschen Sprachgebiet stünden.

Indes auch in diesen Gebieten bestehen nationale Aspirationen und es sei selbstverständlich, daß diese nationalen Wünsche der Südslawen mit aller Berücksichtigung behandelt werden müssen. Redner gebe ohne weiters zu, daß gegenüber den Südslawen auch kulturelle und wirtschaftliche Zugeständnisse möglich wären.

Eines aber ist sicher. Alle darauf abzielenden wohlwollenden Bestrebungen können durch Agitationen, welche die Nationalitäten untereinander verheizen, das Verhältnis der Volksstämme untereinander vergiften und daher das Staatsleben beeinträchtigen und gefährden, nicht gefördert, sondern nur geschädigt werden. Er spreche nicht von sachlichen, ruhigen Erörterungen über einen südslawischen Staat, aber verheerende Agitationen sind unmöglich, sie gefährden die Ruhe des Staates. Derartigen Agitationen, die eine Gefährdung des Friedens unter den Nationalitäten bedeuten, wolle er mit gesetzlichen Mitteln entgegentreten, wobei es selbstverständlich sei, daß gleiche Agitationen von deutscher Seite auch nicht geduldet werden können: Gleiches Recht für alle! Das, sage er offen und ehrlich, sei die Absicht der Regierung und er habe Wert darauf gelegt, zu hören, wie die einzelnen Parteien des Hauses sich angesichts dieser Intentionen der Regierung verhalten werden.

Dr. v. Seidler hat wohl als Wissender gesprochen, als er die Schaffung eines südslawischen Staates mit Ausschluß der von den Slowenen bewohnten Gebiete als nicht unwahrschein-

lich hinstellte. Gegen eine solche Lösung der südslawischen Frage hätten auch die Deutschen nichts Wesentliches einzuwenden. So schreibt die „Tagespost“ (9. Mai): „Die Monarchie ist heute in der Lage, ihre innere Politik den künftigen Verhältnissen entsprechend zu gestalten, vor allem im Süden, der jetzt der Tummelplatz einer verheerenden und zerstörenden Politik ist, die jede Vernunft raubt, die Einsicht trübt und den Staat schwer gefährdet. Die deutschen Volksräte haben vor einiger Zeit eine Flugchrift erscheinen lassen, die in anerkennenswerter Weise eine Lösung der südslawischen Frage sucht und sich der Erkenntnis nicht verschließt, daß Verneinung keinen dauernden Wert haben kann. Die Flugchrift regte die Bildung eines kroatischen Staatswesens auf dem Boden von Kroatien, Slavonien, Dalmatien, Bosnien und der Herzegowina an, dem die Serben angegliedert werden sollen. Das ist eine mögliche Lösung; das Experiment mit den Reichslanden war ein Stümperwerk, das sich nicht bewährte, sondern reichlich Schwierigkeiten schuf. So angefaßt, würde die Lösung der kroatischen Staatsfrage auch die Lösung der Krise im Süden bedeuten. Die Zustände von heute können so nicht bleiben. Die Deutschen hätten auch die Aufgabe, die Führung der positiven Richtung zu übernehmen. Sind die Magyaren gut beraten, werden sie folgen, sind sie es nicht, werden sie die Folgen zu tragen haben.“

In Ungarn wird die Lösung der südslawischen Frage durch Schaffung eines großkroatischen Staates freilich auf sehr starken Widerstand stoßen. Das „Gr. Vbl.“ (11. Mai) schreibt hierüber in einem Leitartikel „Ungarn und die südslawische Frage“: „Die letzten Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler über die südslawische Frage haben begreiflicherweise in Ungarn eine besondere Beachtung gefunden, weil er die Möglichkeit der Errichtung eines großkroatischen Staates zugab. Damit ist der ungarischen Presse der Anlaß gegeben, aufs neue zur südslawischen Frage Stellung zu nehmen. In der Ablehnung des südslawischen Programmes sind alle Parteien in Ungarn eines Sinnes. Hingegen ist die Auffassung über die Zukunft Kroatiens, Bosniens und Dalmatiens eine so verschiedene, daß an einen Lösungsversuch in nächster Zeit nicht zu denken ist. Die Deutschen in Österreich würden der Schaffung eines großkroatischen Staates im Rahmen Ungarns keine Hindernisse in den Weg legen, wenn gewisse wirtschaftliche Bürgschaften für den ferneren Handelsweg nach dem Balkan den österreichischen Völkern gegeben werden. Sie haben sogar ein Interesse daran, daß die Wünsche der Kroaten so bald als möglich erfüllt werden, weil dann die Vorkämpfer des südslawischen Staates in Österreich früher zur Besinnung kommen und bei der Verwirklichung ihrer berechtigten nationalen Ansprüche auf die Interessen Österreichs und der Deutschen in den Alpenländern Rücksicht nehmen. Je früher jenseits der Leitha das kroatische Problem gelöst wird, umso leichter wird es bei uns zu einer Verständigung kommen. In Ungarn gibt es große Gruppen, die darauf hinarbeiten, Bosnien, Herzegowina und vielleicht auch einen Teil Serbiens unmittelbar an Ungarn an-

zuschließen, um in Kroatien den jetzigen Zustand aufrecht zu erhalten. Auf diese Leute hat die Rede des Dr. v. Seidler wie ein Beitschenhieb gewirkt. „Az Est“ z. B. schreibt: Wir haben also diesen Krieg vergebens siegreich geführt, vergebens die großen Opfer gebracht, deren Ausgangspunkt gerade die südslawische Frage war. Umsonst haben wir gesiegt. Wir haben das südslawische Gespenst vergebens niedergeschlagen, es steht wieder vor uns. Der österreichische Ministerpräsident sagte von der Bildung eines südslawischen Staates, daß sie sehr wahrscheinlich sei. Der Kern des südslawischen Staates ist aber Agram und Kroatien, und auch Bosnien würde dazugehören. Wir würden Kroatien und Bosnien verlieren und das Banat wäre bedroht. Über alle diese in das ungarische Fleisch einschneidenden Sachen hat der österreichische Ministerpräsident so gesprochen, als ob es da keine Hilfe mehr gäbe.

Dieselbe Angst vor einem Großkroatien spricht aus einem Zeitartikel des „Budapesti Hirlap“, der bekanntlich dem Grafen Tisza gehört, wenn er ausruft: „Es scheint uns, daß Herr Seidler die südslawischen Fehereien nicht mehr genügen, denn — anstatt an ihrer Bremsung zu arbeiten — unterstützt er die Agitationen selbst, indem er ein Programm gibt und die Bedingungen aufzählt, unter welchen der südslawische Staat eventuell entstehen könnte. Ich glaube, daß man nicht den Reichsrat einsperren sollte, sondern den Ministerpräsidenten oder wenigstens sein Maul.“ (11) Daß gerade nicht ein nobler Ton bei der ungarischen Presse zu suchen ist, darf uns nicht überraschen. Wir haben diese Preßstimmen nur angeführt, um zu zeigen, daß Dr. v. Seidler mit seiner letzten Rede in ein Wespennest gegriffen hat.

In Ungarn haben die großkroatischen Ideen wahrscheinlich nur von den Anhängern eines demokratischen Wahlrechtes eine Unterstützung zu erwarten. Übrigens ist es ein offenes Geheimnis, daß einflußreiche magyarische Politiker sich den Neubau der Gesamtmonarchie so vorstellen, daß Galizien, mit Rußischpolen vereinigt, zu Österreich in ein ähnliches Verhältnis trete, wie die vereinigten Länder Kroatien, Bosnien und Dalmatien zu Ungarn. Ein Großkroatien könnte zugegeben werden, nie kann aber Österreich auf den freien Zugang nach Triest, zur Adria und zum Balkan verzichten.

Die Regierung möchte den bestehenden außerordentlichen nationalen Schwierigkeiten durch eine Verfassungsreform Herr werden. Über den bereits ausgearbeiteten Verfassungsentwurf machte der „Slovenec“ kürzlich folgende Mitteilung: „Die Rechte der einzelnen Völker in den Kronländern sollen nach der Zahl der Stammesangehörigen bemessen sein. In dieser Hinsicht werden drei Gruppen unterschieden: 1. Wenn im selben Kronland über 100.000 Bewohner eines Volksstammes, und zwar geschlossen, wohnen, bildet dieser betreffende Volksstamm ein geschlossenes Gebiet, das ihm das Recht auf die herrschende Stellung in Bezug auf die Sprache in den Ämtern einräumt. Nach dieser Unterscheidung bildet ganz Kärnten ein geschlossenes deutsches Gebiet, da nach der letzten amtlichen Statistik vom Jahre 1910 die Slowenen nur 82.000 Seelen zählen, die nach Punkt 2 ein Sondergebiet bilden. Innerhalb dieses Sondergebietes bildet aber auch jede anderssprachige Minderheit mit über 10.000 Angehörigen wieder ein Sondergebiet, das der Mehrheit gleichberechtigt ist; es kann Eingaben in der eigenen Sprache unterbreiten und die Entscheidungen müssen in der gleichen Sprache verfaßt sein. Demnach würden nach der amtlichen Statistik die Kärntner Slowenen zwei Sondergebiete bilden und ebenso würden wieder die Marburger Deutschen innerhalb des slowenischen Sondergebietes ein Sondergebiet bilden. 3. Volksminderheiten unter 10.000 genießen den Minoritätsschutz. In jenen Gemeinden, in denen sie die Mehrheit bilden, dürfen sie Eingaben in ihrer Sprache machen, doch die Entscheidungen erfolgen in der herrschenden Sprache. Die Sitze der Kreis- und Landesgerichte, sofern dort nicht Deutsche wohnen, gehören zu jener Kategorie, wo die Deutschen unbedingt gleichberechtigt sind. Dazu kommen noch die Sprachbestimmungen des Entwurfes: 1. Im Verkehre mit den Zentralbehörden ist die deutsche Sprache zu benutzen. 2. Eisenbahn-, Post- und Telegra-

phenbeamte müssen die deutsche Sprache beherrschen, soviel dies militärische Rücksichten erfordern. 3. Die einzelnen Sprachgebiete haben über die Verkehrssprache zu entscheiden, in welcher die einzelnen Sprachgebiete miteinander verkehren werden.“

Diesen Entwurf hat die Regierung, schreibt der „Slovenec“, infolge der Einsprache der Alpen Deutschen fallen gelassen. Zugleich hat die Regierung, wie wir oben bemerkt, Maßnahmen gegen das Ueberhandnehmen der staatsfeindlichen Agitation unter den Südslawen angekündigt. Um die infolgedessen zu erwartende Erregung nicht im Abgeordnetenhaus selbst sich auswirken zu lassen, sondern den Parteien eine Entspannungszeit zu geben, erfolgte die Vertagung des Reichsrates. Die Eindämmung der reichsfeindlichen Agitation im Süden ist notwendig, damit eine ruhigere Atmosphäre geschaffen werde. Es kann nicht geduldet werden, daß den auswärtigen Feinden unseres Vaterlandes Gelegenheit geboten werde, sich über reichsfeindliche Agitationen im Innern unseres Reiches zu freuen und sich auf sie berufen zu können.

Der Ministerpräsident erklärte in der eingangs erwähnten Obmännertkonferenz, er gebe ohne weiteres zu, daß gegenüber den Südslawen kulturelle und wirtschaftliche Zugeständnisse möglich wären und daß die nationalen Wünsche der Südslawen mit aller Berücksichtigung behandelt werden müssen. Es ist also nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich, daß der vorderhand fallen gelassene Verfassungsentwurf, allenfalls mit gewissen Abänderungen, nach einiger Zeit wieder aktuell wird. Uns interessiert dabei begreiflicherweise vor allem unser eigenes Schicksal. Nach dem vom „Slovenec“ veröffentlichten Wortlaute dieses Verfassungsentwurfes würde das Gottscheer Gebiet, das nach der letzten Volkszählung rund 18.000 ortsanwesende Einwohner zählt und eine geschlossene Siedlung darstellt, ein „Sondergebiet“ sein, das sprachlich gleichberechtigt ist. Die Gottscheer hätten die gleichen sprachlichen Rechte wie die Marburger in Steiermark oder die Slowenen in Kärnten. Diese Rechte werden uns auch bei einer allenfallsigen Abänderung des Entwurfes auf keinen Fall genommen oder verkürzt werden dürfen.

Aus Stadt und Land.

Gottschee. (Das Geburtsfest der Kaiserin) wurde am 9. Mai hier feierlich begangen. In der Stadtpfarrkirche zelebrierte um 10 Uhr vorm. Hochw. Herr Dechant und Stadtpfarrer Ferdinand Erker unter geistlicher Assistenz ein feierliches Hochamt, dem die Beamten, das Offizierskorps, die Stadtgemeindevertretung, die Garnison usw. und sehr viele Andächtige beiwohnten. Die Stadt war besetzt. Für die Schuljugend war bereits am Vortage aus diesem Anlasse ein Festgottesdienst abgehalten worden.

— (Das Kriegskreuz für Zivilverdienste erster Klasse) wurde vom Kaiser Ihrer Excellenz der Frau Maria Gräfin Attems-Heiligenkreuz, geborenen Gräfin Ceschi a Santa Croce, verliehen.

— (Auszeichnung.) Der Oberin der Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul im Waisenhause in Gottschee Aloisia Roischiedl wurde für verdienstvolle Betätigung auf dem Gebiete des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge das Kriegskreuz für Zivilverdienste dritter Klasse verliehen.

— (Vom Steuerdienste.) Das Präsidium der krainischen Finanzdirektion hat den Steueroffizial Herrn Johann Drobiunig in Gottschee zum Steuerverwalter in der neunten Rangklasse und die Steuerassistenten Herrn Josef Kraker in Krainburg und Robert Ganslmayer in Gottschee zu Steueroffizialen in der zehnten Rangklasse ernannt.

— (Kriegsauszeichnung.) Dem Resolutierarzt Herrn Herbert Hönigmann, Jk 27, wurde das Goldene Verdienstkreuz m. d. Kr. u. d. Schw. verliehen.

— (Aus russischer Gefangenschaft entwichen.) Der Oberleutnant im Infanterieregiment „Kronprinz“ Nr. 17 Herr Friedrich Kren ist aus russischer Gefangenschaft entwichen und

nach langwierigen Strapazen, darunter zweimaliger Verhaftung durch die Rote Garde, glücklich in seiner Heimat eingetroffen.

— (Kriegsauszeichnungen.) Herrn Viktor Loy aus Gottschee, GSK 2, wurde die Silberne Tapferkeitsmedaille 2. Kl. verliehen, dem VstJnf. Konrad Jaklitsch, JN 17, die Bronzene Tapferkeitsmedaille.

— (Todesfall.) In Mitschig bei Hermagor ist kürzlich Frau Maria Dovžan, geb. Verderber, im 69. Lebensjahre gestorben.

— (Firmung) findet heuer statt: Sonntag den 14. Juli in Gottschee für Gottschee und Mitterdorf; Montag den 15. Juli in Altlag für Ebental, Unterwarmberg und Altlag; Dienstag den 16. Juli in Mösel für Unterlag und Mösel; Mittwoch den 17. Juli in Kieg für Göttenitz, Morobitz und Kieg; Donnerstag den 18. Juli in Oberstrill; Freitag den 19. Juli in Banjaloka; Samstag den 20. Juli in Fara und Sonntag den 21. Juli in Ofsinitz.

— (Todesfall.) Am 13. Mai l. J. starb hier nach kurzem Leiden, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, Frau Elise Schweiger, geb. Edle von Zuccato, k. k. Pol.-Oberkommissärs-Witwe, Mutter des Oberrevidenten der k. k. Staatsbahnen Herrn Alfred Schweiger. Sie ruhe in Frieden.

— (Die Gismänner) sind diesmal gnädig gewesen; es gab hier keinen Frost. Dafür stellte sich am 14. Mai abends ein Landregen ein, der auch tags darauf noch anhielt.

— (Feldgruß auf Birkenrinde.) Wir erhalten folgende Zuschrift: Im Felde den 5. Mai 1918. Geehrte Schriftleitung!

Trotz Mangel an Papier,
Schreiben wir hier,
Feldgrüße auf Karten aus Birkenrinden.
Diese Karte soll dem geehrten Boten
Und allen lieben Gottscheern verkünden,
Daß wir noch leben. Es geht uns wohl
Auf den hohen Bergen im heil'gen Land Tirol.

Gftr. Karl Kratochwill aus Kieg, M. Loschke aus Zwißlern,
Jakob Janesch aus Verdreng.

— (Konkursausschreibung.) An der einlässigen Volksschule in Göttenitz ist die Lehrerstelle zur definitiven Besetzung ausgeschrieben. Die Bewerbungsgesuche sind bis 30. Juni 1918 einzubringen, und zwar seitens der Lehrerfoldaten beim Bezirkschulrate in Gottschee.

— (Futterwert der Maikäfer.) Heuer ist ein Maikäferjahr. Doch kommen bei uns diesmal die Maikäfer nicht in solchen Massen vor wie in anderen Maikäferjahren. — Maikäfer sind in frischem oder getrocknetem Zustand ein vorzügliches Kraftfutter für Schweine und Geflügel; an Schweine dürfen sie allerdings in rohem Zustande nicht verfüttert werden, da die Schweine sonst leicht Eingeweidewürmer bekommen. Die Futtermittelzentrale in Wien kauft jedes Quantum getrockneter lagerfähiger Maikäfer zum Kilogrammpreise von 1 K.

— (Richtigstellung.) Wir erhalten folgende Zuschrift: Es sei mir gestattet, die im Gottscheer Boten vom 3. Mai l. J. gebrachte Notiz über die Spendung eines Ehrenhornes der Stadt Laibach dahin zu berichtigen, daß das Silberne (nicht Goldene) Horn dem **Geb. Sch. Regt. Nr. 2** gespendet wurde. Hochachtend
Högler.

— (Herrenpilze im Mai.) Es ist gewiß eine große Seltenheit, daß bereits zeitlich im Frühjahr Herrenpilze wachsen. Heuer ist dies bei uns der Fall. Außer Morcheln und Ruchpilzen wurden bereits auch schöne Herrenpilze gesammelt und in der Stadt verkauft.

— (Die Strecke Aßling-Görz Staatsbahn-Triest) wurde am 1. Mai wieder eröffnet.

— (Erhöhung der Getreidepreise.) Der im Ernährungsamte eingesetzte Sachausschuß für die Getreidebewirtschaftung befaßte sich in den letzten Tagen mit der Frage der beabsichtigten Erhöhung der Getreidepreise. Nach den agrarischen Vorschlägen

sollen die bisherigen Brotgetreidepreise, die mit allen Zuschlägen 42 K für den Meterzentner betrugen, auf 50 K erhöht werden.

— (Die Vertretung unserer Interessen in Amerika.) Staatssekretär Lansing teilte mit, daß die schweizerische und die schwedische Gesandtschaft die deutschen und österreichisch-ungarischen Interessen in den Vereinigten Staaten vertreten und unter Mitwirkung der amerikanischen Regierung die Regelung und Beaufsichtigung der unterstützungsbedürftigen feindlichen Ausländer übernommen haben. Die Gesandtschaften haben zugestimmt, den internierten feindlichen Ausländern und ihren Angehörigen Unterstüzungen aus ihren eigenen Fonds zu gewähren, die Unterstüzungen aber auf das notwendige Minimum zu beschränken.

— (Eine Messe für den Frieden.) Seine Heiligkeit der Papst hat in einem Motu proprio angeordnet, daß am Peter- und Paulstage überall eine heilige Messe zelebriert werden soll, damit sich die Menschheit von neuem der Eintracht und der Ruhe erfreue, indem sie von der göttlichen Gnade den heißersehten Frieden und die Gerechtigkeit erfleht.

— (Ein „verdrahtes“ Lied.)

Kennst du das Land, wo Edelweisse blüh'n,
Im Abendrot die Alpengipfel glüh'n,
Auf schroffem Grat der Schüz nach Genssen späht,
Die Fichte dicht und hoch die Tanne steht?
Kennst du es wohl? Dahin, dahin, Italiener,
laßt uns ziehn!

Kennst du den Berg und seinen Wolkensteg?
Durch Schluchten sucht der Jnn sich seinen Weg.
In Tälern wohnt der Deutschen alte Brut.
Denk ich an sie, so packt mich grimme Mut.
Dahin, dahin, Vittorio, laß uns ziehn!

Aus weißem Kalk kennst du das Kaiserhaus?
Aus Grün blickt's weit aufs blaue Meer hinaus.
Nicht weit davon, beim Hafen Muggia
Die Völkerstadt, das Haupt der Adria.
Kennst du es wohl? Dahin, dahin, Cadorna,
laß uns zieh'n!

Kennst du den Karst mit durst'gem Felsgeklipp?
Der Slave haust in Steinen und Gestrüpp.
Er waltet dort, wo einst Venedigs Leu
Die Macht besaß. Wir holen sie uns neu.
Kennst du ihn wohl? Dahin, dahin, Sonnino,
laß uns zieh'n!

Berner.

— (Der Friedensvertrag mit Rumänien) ist am 7. Mai im Schloß Cotroceni unterzeichnet worden. Mit der Unterzeichnung ist die umfangreiche diplomatische Arbeit beendet, die dem Frieden mit Rumänien gewidmet war, und damit auch der Übergang aus dem Kriegs- in den Friedenszustand auf unserer ganzen Ostfront vollzogen. Der Wortlaut des Friedensvertrages umfaßt 31 Punkte.

— (Wirkungen des U-Bootkrieges.) Zum zweitenmal innerhalb kaum drei Wochen haben die Engländer einen Versuch zur Sperrung der Hafeneinfahrten der deutschen U-Bootstützpunkte an der flandrischen Küste unternommen. Der am 10. Mai gegen Ostende versuchte Anschlag ist ebensovienig geglückt wie der vom 23. April gegen Zeebrügge. Beide sind nur neue Beweise für die infolge des U-Bootkrieges bedrohlich zunehmende Schiffsraumnot des Verbandes. — Staatssekretär des Reichs-Marineamtes Admiral v. Capelle äußerte sich: Der U-Bootkrieg wächst sich immer mehr zu einem Kampf zwischen U-Boot-Leistung und der Neubaulistung an Schiffen aus. Bisher haben die monatlichen Versenkungen die Neubauten noch stets um ein Mehrfaches übertroffen. Lloyd George hat erklärt, wenn der Landkrieg verloren gehen sollte, so ist der Seekrieg noch lange nicht zu Ende. Wir werden, sagte der Staats-

sekretär, abwarten müssen, ob das englische Volk sich diese Drohung zu eigen macht. Tut es das, so werden unsere U-Boote weiterhin ihre Pflicht tun und der Erfolg wird ihnen sicherlich nicht fehlen. Die Gegner werden dann sehen, daß unsere U-Boote länger aushalten. Wir haben daher allen Grund, mit Vertrauen und Zuversicht auf unsere U-Boote zu setzen und können fest darauf bauen, daß diese, vereint mit unserem siegreichen Heere, ihr Ziel erreichen werden.

— (Zu Reisen in das besetzte Gebiet Italiens) ist neben dem von der Bezirkshauptmannschaft auszustellenden ordnungsmäßigen Reisepasse noch eine besondere militärische Einreisebewilligung nötig, welche nur die Passierscheinstelle beim I. u. I. Heeresgruppentommando FM v. Boroevic in Feldpost 239 ausstellen berechtigt ist. Zivilpersonen, die in das besetzte Gebiet einreisen wollen, haben daher vorerst unter Angabe der Gründe und Vorlage des Reisepasses um die Einreisebewilligung bei der genannten Passierscheinstelle anzusuchen. Personen, welche ohne diese Bewilligung angetroffen werden, werden bestraft, unverzüglich zurückbefördert und ihre Waren werden unnachlässiglich abgenommen.

— (Die Einkünfte der Industriearbeiter in den Kriegsbetrieben.) Es ist sehr lehrreich, schreiben die „Mitt. des Dn. Vereines f. Österr.“, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter näher zu betrachten. Die wichtigsten Lebensmittel (Wehl, Fleisch, Fett, Kartoffeln) sind um das drei- bis zehnfache, Schuhe und Kleider um das acht- bis zehnfache im Preise gestiegen. Dem gegenüber haben die Handelsangestellten, Lehrer, Offiziere, kurz alle Fikzibolbeten, Kriegszulagen, welche im allgemeinen 50 Prozent nicht erreichen und nur selten übersteigen, erhalten. Die Arbeiter hingegen haben, soweit sie in Kriegsbetrieben beschäftigt sind, ihre Löhne den Teuerungsverhältnissen mehr als angepasst. Ein Eisenendreher, Schlosser u. dgl., der früher einen Wochenlohn von 32 K bis 48 K erhalten hat, verlangt heute mindestens 5 K Stundenlohn, macht auch reichlich Überstunden und verdient auf diese Weise leicht über 1000 K monatlich. Vorarbeiter, welche über 20.000 K Jahreseinkommen beziehen, sind keine Seltenheit. Gibt es in einer solchen Familie mehrere Erwerbsfähige, so kommen ansehnliche Jahreseinkommen zusammen. Die Steuerbehörden waren nicht schlecht erstaunt, als ihnen eine derartige Arbeiterfamilie 48.000 K Jahreseinkommen einbrachte. Tagelöhner und Hilfsarbeiter sind natürlich nicht so gut daran, erhalten aber mindestens den fünf- bis siebenfachen Friedenslohn. Daß die jugendlichen Arbeiter durch hohe Verdienste zum Verbrechen geführt werden, wurde bereits von berufener Seite festgestellt. Die infolge dieser hohen Arbeitslöhne gestiegene Kaufkraft der Arbeiter ist auch überall zu erkennen. Während sich große Teile des früheren Mittelstandes mit den bewilligten Lebensmitteln durchhelfen, werden die teuersten und besten Nahrungsmittel von Arbeiterfrauen gekauft. Die Arbeiter leiden, wie aus dem Gesagten hervorgeht, unter den Kriegsfolgen am wenigsten. Sie leben vielfach in Verhältnissen und verfügen über Summen, von denen sie sich im Frieden nie etwas träumen hätten lassen.

— (Der Höhepunkt der Lage.) Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler äußerte sich bei der Obmännerberatung in Wien am 3. Mai u. a.: „Wir leben in einer sehr ersten Zeit und gehen in eine noch viel ernstere Zeit hinein. Unsere ganze militärische und politische Lage ist auf einem Höhepunkt angelangt. Die Spannung ist die höchste. Die nächsten Monate werden große Entscheidungen bringen. Er ist fest überzeugt, daß die auf dem Schlachtfelde zu treffenden Entscheidungen zu unserem und zu unserer Verbündeten Gunsten ausfallen werden. Gleichzeitig sind begreiflicherweise im vierten Kriegsjahre die wirtschaftlichen und namentlich die Ernährungsverhältnisse kritische, durchaus nicht verzweifelt, aber sehr ernst geworden. Jetzt durchhalten bis zur endgültigen glücklichen Entscheidung ist eine Existenzfrage des Staates.“

— (Unterhaltsbeitrag.) Der Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, daß der Ehefrau der Unterhaltsbeitrag auch dann in vollem Umfange gebühre, wenn sie mit dem eingetragten Ehe-

gatten nicht in gemeinschaftlichem Haushalte gelebt hat. Da das Gesetz keine besondere abweichende Bestimmung für gerichtlich geschiedene Ehegatten enthält, findet daher auf diese die allgemein für Ehefrauen geltende Norm Anwendung, daß ihnen der Unterhaltsbeitrag in vollem Ausmaße gebühre.

— (Beginn des Abtransportes der Gefangenen aus Sibirien.) Die russische Regierung hat an Deutschland ein drahtloses Telegramm gerichtet, daß Rußland zum Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Sibirien alle erforderlichen Maßnahmen getroffen habe.

— (Die Tabaknot in Österreich.) Unter dieser Aufschrift schreibt Oberleutnant d. Res. C. J. Hoffer in der „Reichspost“: „Bei dem Unvermögen der österreichischen Tabakregie, das Tabakbedürfnis der Raucher zu befriedigen, sollte man glauben, daß es ihr willkommen sein müßte, wenn auch Österreich begänne, Tabak zu bauen; denn alle Wein- und Hopfenbaugenden sind hierzu geeignet. Nur den notleidenden böhmischen Hopfenbaugenden will die Finanzverwaltung den Tabakbau gestatten — die anderen Gebiete Österreichs dürfen weiterhin bis zum Kriegsende Buchenlaub rauchen und das nur aus dem staatlichen Verschleiß. Nach wie vor ist dem österreichischen Bauer lediglich der Anbau von vier Pflanzen Tabak gestattet, während in Ungarn und in Deutschland der Tabakbau frei ist. Der Staat ist nicht imstande, das Tabakbedürfnis seiner Bürger derzeit zu befriedigen — so gestatte er auf Kriegsbauer, daß jeder seinen Tabak selbst baue, und hebe pro Tabakpflanze — über die vier steuerfreien hinaus — eine Tabaksteuer von z. B. 10 Kronen ein. Jedem Grundbesitzer sollen bis 100 Pflanzen erlaubt sein. Damit wäre Volk und Staat gleichermaßen geholfen; . . . und der Staat hätte ohne Arbeit eine gute Einnahme. Selbst wenn die Tabakqualität nicht hervorragend gerät und der Tabak nicht geheizt wird, wäre er immer noch besser als der ärarische Tabakertrag. Die Tabakregie aber könnte außerdem noch durch Verkauf der Tabakfamen und einer leichtfaßlichen Anleitung zum Tabakbau in Form eines Merkblattes verdienen und überdies die ganze Aktion als einen Versuch im großen benützen, um die Östlichkeiten in Österreich festzustellen, die qualitativ Tabake erzeugen könnten — denn einmal wird ja der Pops, daß in Österreich kein Tabak gebaut werden darf, doch beschnitten werden.“

— (Der Entwurf eines neuen Militärversorgungsgesetzes.) Nach dem neuen Militärversorgungsgesetze, das vorderhand noch ein Entwurf ist und erst Gesetzeskraft erlangen muß, beträgt die Pension für Mannschafspersonen je nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit (vier Stufen von 20 Prozent Beinträchtigung der bürgerlichen Erwerbsfähigkeit an) für Infanteristen und Gefreite im Jahre 120, 180, 240 und 360 K, für Korporale und Zugführer 182, 198, 264 und 396 K, für Feldwebel 144, 216, 288 und 432 K. (Dazu noch die allenfallsigen Verwundungszulagen, Invalidenpensionen und Kriegszulagen.) Alle Mannschafspersonen, die aus Anlaß der Kriegsdienstleistung mit einer Pension beteiligt werden, erhalten außerdem eine Kriegszulage von 60, bzw. 120 K jährlich. Die Verwundungszulagen der Mannschafspersonen betragen bei gänzlicher Hilflosigkeit infolge Lähmung 1200 K, bei Erblindung beider Augen 960 K, Verlust des Gehöres oder der Sprache 400 K, Verlust der Arme oder Beine für jedes dieser Gliedmaßen 400 K, Erblindung auf einem Auge 300 K, Verlust von Händen oder Füßen für jedes dieser Gliedmaßen 300 K, bei geringeren sonstigen Verwundungen 120 K. Die Witwenpension ist für Mannschafswitwen, deren Gatten vor dem Feinde gefallen oder infolge Kriegsdienstleistung gestorben sind, ohne Unterschied der Charge mit 225 K jährlich, in sonstigen Fällen mit 150 K jährlich bemessen. Erwerbsunfähige Mannschafswitwen oder solche, die wegen der Betreuung kleiner Kinder einem regelmäßigen Erwerbe nicht nachgehen können, erhalten überdies noch einen Zuschuß von 210 K jährlich. Die Erziehungsbeiträge sind für vaterlose Mannschafswaisen, deren Vater vor dem Feinde gefallen oder infolge der Kriegsdienstleistung gestorben ist, mit 135 K jährlich, in sonstigen Fällen mit 90 K jährlich bemessen. Auch den Eltern, elternlosen

Geschwistern, Großeltern und Urgroßeltern der vor dem Feinde gefallenen oder infolge Kriegsdienstleistung gestorbenen Mannschafspersonen könnten unter bestimmten Voraussetzungen kleine Renten zuerkannt werden. Die Familien vermisteter Militärpersonen sind hinsichtlich der Versorgung der Hinterbliebenen nach gestorbenen Militärpersonen gleichzuhalten.

— (Slawische Politik.) Dr. v. Mölzer führt in der „Reichspost“ aus, es gebe nüchtern denkende Völker, die eine vernünftige Realpolitik treiben, und träumerische, die über die Welt der Tatsachen schweben und ihre Politik nicht nach der Wirklichkeit, sondern nach erträumten Phantasien einrichten. Überschwärmende Phantasie, die durch keine Selbstkritik gezügelt wurde, stürzte das serbische Volk ins Verderben. Das gleiche war bei Rußland der Fall. Das russische Volk sah nur seine große Zahl und die ungeheure Ausdehnung seiner Länder, nicht aber seine großen Schwächen. So zerstückte es im Weltkrieg. Den slawischen Völkern fehlt die Selbstkritik, die andere Völker vor träumerischen Phantasien und vor der Verkennung der Wirklichkeit bewahrt. Beim deutschen Volk ist die Selbstkritik sogar übermäßig entwickelt. Vielleicht ist's gerade die deutsch-slawische Mischung, die das preussische Volk zu einem so nüchtern und praktisch denkenden, dabei aber äußerst zielstrebigem und erfolgreichen gemacht hat. Die Polen haben seinerzeit das polnische Reich selbst vernichtet. Polen kann nur dann gedeihen, wenn es sich zu seinen Nachbarn in ein gutes Verhältnis setzt, wenn es nichts Unmögliches und Unerreichbares verlangt. „Auch die vielerbrüterten staatsrechtlichen Deklarationen der Tschechen und Südslawen gehören zu den typischen kühnen Träumen, die die reale Wirklichkeit und die bestimmenden Machtverhältnisse unberücksichtigt lassen. Träume und bloße Wünsche führen aber nicht zum Ziel, wenn die reale Macht zu ihrer Verwirklichung fehlt; das mußte das ungeheure Rußland wie das kleine Serbien spüren. Glauben die Tschechen und Südslawen im Ernst, über diese Macht zu verfügen, dann müßte diese Überhebung zu einem tragischen Rückschlag führen.“

— (Deutschösterreichs Stimmen.) Die „Reichspost“ schreibt: „Wie ein gewaltiges Beben geht es durch Deutschösterreichs Gänge, wie Sturmläuten hallt es von den treuen Bergen, wie Notsignale mahnt es aus den Tälern. . . Deutschösterreich steht hochauferichtet vor Österreichs Zentralgewalt, weist ihr seine furchtbaren Narben und noch fortblutenden Wunden und stellt Frage um Frage. Vier Jahre lang hat es nicht gefragt, sondern bereitwillig geopfert und gekämpft, gelitten und getragen, oft mit Staunen zwar, oft in seinen berechtigten Hoffnungen und Träumen bis zur Verbrossenheit, bis zum herbsten Weh enttäuscht, aber immer wieder begütigt, immer der Selbstliebe das größere Gebot voranstellend, immer das höhere Ziel vor Augen, niemals mit halbem Herzen gewährend, was das Vaterland heischte. . . Es hatte nicht Zeit, lange um sich zu sehen und noch viel zu fragen. Aber jetzt fragt es, jetzt heischt es Rede und Antwort von denen, die es steuern und deren Händen sein Schicksal, seine Zukunft anvertraut ist. Antwort auf die Fragen: warum, wofür, wohin? . . . Das Volk muß die großen Ziele, wenn solche da sind, auch sehen können, es muß die starke Hand, wenn es sich ihr gläubig überlassen soll, spüren können. Es muß, damit es an seiner österreichischen Gesinnung nicht irre werde, sich jederzeit davon überzeugen können, daß es österreichisch regiert werde und daß der Mut des Österreichertums auch bei jenen vorhanden ist, die ihm die Fahne vorantragen. Eine wichtige Aufgabe ist es gewiß, auch jene loyal zu machen, die es bisher nicht waren. . . ; aber ungleich wichtiger ist es, das Vertrauen jener, die es sind, nicht zu verlieren. . . Eine starke Hand vermisst das Volk vor allem gegenüber gewissen standalösen Zuständen in der Hinterlandswirtschaft. . . So geht es nicht weiter. . . Den Staatsführern erwächst aus all diesen Erfahrungen und Möglichkeiten eine gewaltige Aufgabe. Wer Augen hat, zu sehen, der sehe.“ — Auf den deutschen Volkstagen in Graz, Sterzing, Leoben und Marburg ist die warnende Stimme des deutschen Volkes in Österreich scharf zum Ausdruck gekommen. Die Marburger Entschließung klingt aus in folgende Worte: „Wenn das deutsche Volk in Österreich von

jeder Hoffnung auf eine Änderung des Systems verlassen wird, dann kann es auch andere Wege gehen, die seine Zukunft sichern für alle Zeit. Treue um Treue! Sie muß auf Gegenseitigkeit beruhen, sonst erlösch sie bei dem verratenen Teile!“

— (Ein britischer Friedensvorstoß.) Lord Lansdowne hat kürzlich ein vertrauliches Schreiben an Lloyd George gerichtet, worin er darauf hinweist, daß die Vereinheitlichung des Oberbefehles an der Westfront England nicht den so bestimmt erwarteten militärischen Erfolg gebracht habe. Deutschland besitze in Rußland, in Finnland, der Ukraine und Rumänien noch recht erhebliche Streitkräfte, die jetzt allmählich frei werden. Im nächsten Frühjahr werde Deutschland hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Kraft und der Ernährungsverhältnisse noch bedeutend stärker dastehen als England. Deswegen lege er Lloyd George nochmals ans Herz, den ernstesten Willen zu zeigen, eine für alle kriegsführenden Parteien tatsächlich annehmbare Verständigungsbasis zu suchen und im Interesse der gesamten Menschheit ein Gegenstück zum Friedensangebot des Deutschen Reiches zu schaffen.

— (Sich durchringende Erkenntnis in England?) In einem Aufsatz im Aprilheft des „Neuen Europa“ wird eine bedeutungsvolle Äußerung besprochen, die Anzeige, daß die letzte Wende des Krieges eingetreten sei. In einer der letzten englischen Ministerratsitzungen soll nämlich das Wort gefallen sein: „Wir haben den Krieg verloren!“ Dieser Satz sei unleugbar und der Gang der Ereignisse werde dies bestätigen. Jedenfalls sei man sich in diesem Ministerrat einig gewesen, daß psychologische und sachliche Gründe den siegreichen Gewaltfrieden des Verbandes nicht mehr erlauben würden. Einer dieser Gründe seien die düster gefärbten Berichte aus Indien gewesen, wo es bedenklich gäre.

— (Unser Kaiser im großen deutschen Hauptquartier.) Die amtliche Mitteilung über den Verlauf des Besuches des Kaisers Karl im Hauptquartier besagt, daß das Ergebnis nicht nur für die gegenwärtige Kriegslage, sondern für das dauernde geschichtliche Verhältnis beider Mittelmächte von größter politischer Bedeutung ist. Der französischen Regierung wird nun wohl die letzte Klarheit darüber geworden sein, daß ihre Versuche, die persönlichen Beziehungen der beiden Monarchen zu vergiften und den Keim des Mißtrauens in das Bundesverhältnis der beiden Reiche zu tragen, gescheitert und erledigt sind. Es gilt, für die Zeit des Friedens in dem Bunde diejenigen Garantien zu schaffen, die ihn gegen etwaige zukünftige Stürme sichern sollen. Die Begegnung im Hauptquartier setzt das Siegel unter die Reihe von Kundgebungen, in welchen die beiden Monarchen sich und ihre Völker in Krieg und Frieden fest verbunden gezeigt haben.

— (Eine Begünstigung der Kriegsanleihen.) Finanzminister Freiherr von Wimmer hat jetzt gelegentlich der Beantwortung einer Interpellation über die Belehbarkeit der Kriegsanleihen eine Erklärung abgegeben, die für alle Inhaber von Kriegsanleihestücken von der weitestgehenden Bedeutung ist. Es soll nämlich den Kriegsanleihen eine neue Begünstigung eingeräumt werden. Diese Begünstigung wird darin bestehen, daß die achte Kriegsanleihe, deren Begebung für Ende dieses Monats zu erwarten ist, an Zahlungsstatt für jene Güter hingenommen wird, welche die Militärverwaltung nach dem Kriege aus ihren Beständen zum Verkauf bringt. Es handelt sich da um alle möglichen Arten von Sachgütern, wie man sie sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie benötigt. Landwirtschaftliche Maschinen, Werkzeuge, Reparaturwerkstätten, Bekleidungsgegenstände, kurz all das, was man in dem unendlich komplizierten Getriebe einer modernen Feldarmee notwendig hat, wird nach dem Kriege in ungeheuren Mengen auf den Markt gebracht werden und einen außerordentlich wichtigen Beihelf beim Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens darstellen. Dementsprechend wird auch die Nachfrage danach eine enorm starke sein und in dem eigensten Interesse jedes einzelnen Landwirtes und Gewerbetreibenden ist es gelegen, sich beim Einkauf dieser Demobilisierungsgüter eine Vorzugsstellung, eine Art Vorkaufsrecht zu sichern. Die Möglichkeit hierzu wird jetzt denjenigen, die auf die kommende Kriegsanleihe

zeichnen, gegeben. Ihre Anleihestücke werden nicht bloß an Zahlungsstatt genommen werden, sondern sie werden noch obendrein beim Ankauf der von der Armeeverwaltung abgestoßenen Güter den Vorzug vor den übrigen Käufern genießen. Mit dieser Vergünstigung ist natürlich ein Anreiz zur Zeichnung auf die achte Kriegsanleihe geschaffen, wie wir ihn bisher noch bei keiner Anleihe gehabt haben. Weite Kreise, die sich bisher von der Kriegsanleihe fern gehalten haben, werden jetzt ebenfalls unter den Zeichnern erscheinen und das Subskriptionsergebnis wird dadurch in der günstigsten Weise beeinflusst werden. Als Beleg für diese Annahme sei nur die achte deutsche Kriegsanleihe angeführt, bei der genau die gleichen Begünstigungen, die jetzt auch bei uns gewährt werden sollen, eine wichtige Rolle gespielt haben.

— (Fürsorgeaktionen für Kriegsinvalide.) Das Ministerium für soziale Fürsorge hat jüngst alle Landeskommmissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger von zwei wichtigen Invalidenfürsorgeaktionen des Kaiser Karl-Kriegsfürsorgefonds in Kenntnis gesetzt. Die eine der beiden Aktionen geht dahin, den Kriegsinvaliden behufs Erlangung dauernder Existenzmöglichkeit eine entsprechende finanzielle Hilfe angedeihen zu lassen. Den Kriegsbeschädigten soll auf diese Art beispielsweise die Anschaffung eines Handwerkszeuges, der zur Arbeit notwendigen Kleidung, eines Fuhrwerkes, eines Jagtieres, eines Stück Feldes, einer Maschine, einer Einrichtung, die Erlangung einer gesicherten Unterkunft, die Leistung einer Kaution usw. ermöglicht werden. Zu diesem Zwecke will der Kriegsfürsorgefonds Unterstützungen bis zum Höchstmaße von ungefähr 1000 Kronen gewähren. Die zweite Aktion betrifft nur solche verheiratete Invalide österreichischer Staatsbürgerschaft, welche im gegenwärtigen Kriege infolge Verwundung oder Erkrankung mindestens 75 Prozent erwerbsunfähig sind. Die Aktion soll vornehmlich durch die unter gewissen Bedingungen schenkungsweise erfolgende Überlassung eines kleinen Wohnhauses samt der für einen bescheidenen Handels- oder Gewerbebetrieb erforderlichen Einrichtung oder einem kleinen Grundstück den Lebensunterhalt dieser Invaliden und ihrer Familien dauernd sichern. Der Ankaufspreis dieser Heimstätten wird sich nach den Verhältnissen in den einzelnen Kronländern richten, soll aber den Betrag von 8000 Kronen nicht übersteigen. Da die derzeitigen Verhältnisse den Bau solcher kleiner Heimstätten kaum möglich machen, wird in erster Linie nur mit dem Ankaufe bereits bestehender Anwesen vorgegangen werden können. Invalide, welche den genannten Bedingungen entsprechen, haben ihre Gesuche unmittelbar an den Kaiser und König Karl-Kriegsfürsorgefonds (Wien, 9. Bez., Berggasse 22) einzubringen und hierbei außerdem anzuführen, ob für sie ein bestimmtes Anwesen in Betracht käme. Auskunft über die Daten können die Landesstellen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger erteilen, die vom Fürsorgeministerium angewiesen worden sind, die Invaliden bei Abfassung der Gesuche in jeder möglichen Weise zu unterstützen und zu beraten.

— (Die Wühlarbeit in Österreich gegen die Krone.) Angesichts des Gerüchtes von einer angeblichen Kursänderung der kaisertreuen Tiroler verdient folgender Artikel des „Tiroler Anzeigers“ besondere Beachtung. Unter dem Titel „Dem Throne tren“ schreibt das verbreitetste „Tiroler Tagblatt“: „Dunkle Gewalten sind seit Jahren daran, Österreichs Kraft zu brechen, das Habsburgerreich in seinen Grundfesten zu erschüttern. Wurde es nicht 1914 und seitdem oft und laut gesagt, daß unserer katholischen Monarchie vor allem das letzte Stündlein schlagen soll, ja hat man nicht oft genug triumphierend gejubelt, daß es unfehlbar schon geschlagen habe? Was anscheinend berechtigter Nationalitätenstreit seit langem bedroht und erschüttert, was sozialistisch bohrende Kleinarbeit mit grausamem System innerlich hallos und werillos zu machen versucht, was die lange Kriegsdauer ganz mechanisch zermürbt und gelähmt hat, das soll wohl jetzt einem raffiniert angelegten Freimaurerplane gänzlich zum Opfer fallen: Die alte Treue, die Liebe zu Kaiser und Reich, die trotz allem im eigentlichen Volke — nicht zuletzt in Tirol — noch nicht gestorben ist. Verwirrend war die Reihenfolge der innerpolitischen Ereignisse seit der großen

Rede Czernins vor den Wiener Gemeindevätern. Ein gewiegter Politiker hatte Mähe, im ersten Augenblick die kritische Sonde an so manche Vorfälle von tiefgehendster Bedeutung anzulegen, und keinem blieb Zeit, von jedem einzelnen Ereignisse prüfend und wägend zu entscheiden, ob es für die Zukunft mehr des Fluches oder des Segens in sich bergen möchte. Und dieser Wirbelsturm andrängender Eindrücke wurde und wird von der stets wachsamsten Feindesmeute im Innern Österreichs benützt, eine Giftsaat zu streuen, die das Herz jeden echten Tirolers mit Ekel erfüllen muß. Heilig und teuer ist uns Karl, unser Kaiser und Herr, lieb und unantastbar Zita, unsere Kaiserin. Was kaiserliche Hand auch im Einverständnis mit Czernin geschrieben hat, wir wissen, das entsprang nur seinem friedensliebenden, echt volksfreundlichen Herzen, einem Hochsinn, der nur zu wenig mit der Gemeinheit eines Clemenceau rechnete, und die Zukunft wird es weisen, daß kein Makel auf seiner Treue ruht. Ungerecht und empörend aber ist es, in dieser Stunde ein Wort der Unehre gegen jene auszusprechen, die sich des Volkes Dank verdient wie keine andere Frau des Reiches. Zita, was Du getan „fürs Kind“, für die Not von Tausenden, für die Ärmsten Deiner Völker in vorbildlichem Frauentum, das soll Dir Treue, heilige Treue lohnen! Unvergessen ist uns auch in der Stunde der Prüfung Dein Edelstolz, auch Deine liebe Hoheit und heller denn je brause es an Deinem Wiegenfest über unsere Berge: „Heil dem Kaiser, heil Dir, Zita! Österreich wird ewig stehn!“

— (Erzbischof Stadler für ein Großkroatien.) Der Erzbischof von Sarajevo Dr. Stadler begrüßt in einer drahlischen Erklärung an Dr. v. Seidler dessen Erklärung vom 3. Mai, „worin die Möglichkeit und Notwendigkeit der Errichtung eines südslawischen Staates im Rahmen der habsburgischen Monarchie anerkannt wird“. Der Kirchenfürst meint in der Erklärung weiter, „daß dieses neue Staatsgebilde aus historischen, nationalen, statistischen und dem Staate zweckdienlichen Gründen nur ein kroatischer Staat sein kann, der im Rahmen der habsburgischen Monarchie sämtliche kroatischen Länder, demnach auch Bosnien und die Herzegowina zu umfassen haben wird“. Er erwartet ferner, daß auch die ungarischen Staatsmänner „die Notwendigkeit einer kroatischen Staatsbildung im Süden der Monarchie und die Unauflösbarkeit dieser Vorführung einsehen werden.“ Diese Erklärung wurde im Einvernehmen mit den Vertrauensmännern der kroatischen Rechtspartei nach Wien gesendet.

— („Die Sache im Westen wird gemacht.“) Kaiser Wilhelm sagte u. a.: „Die Offensive geht gut vorwärts. 600.000 Engländer sind bereits außer Gefecht gesetzt, 1600 Geschütze erbeutet. Die Franzosen müssen überall einspringen. Hart werden die Gegner mitgenommen. Sie haben es auch nicht besser verdient. Die Sache im Westen wird gemacht, aber wir müssen Geduld üben. Millionenheere können nicht an einem Tage erledigt werden. Wir werden unser Ziel erreichen. Schwere Arbeit ist zu leisten; aber dafür haben wir auch tüchtige Schmiede.“

— (Der Verfassungsreformentwurf ausgearbeitet?) „Slovenec“ teilt mit, daß der vom Ministerpräsidenten angekündigte Entwurf einer Umänderung der Verfassung ausgearbeitet sei. Er soll auf den Renner'schen Ideen beruhen und sich nicht nur auf Böhmen, sondern auch auf die Alpenländer beziehen. Dem „Slovenec“ zufolge ist in dem Entwurfe bei Aufrechterhaltung der Landesgrenzen die Kreiseinteilung mit einsprachigen und gemischten Kreisen vorgesehen. Die sämtlichen slowenischen Kreise von Steiermark, Kärnten, Krain und dem Küstenlande wären zu einem slowenisch-nationalen Kreislandtag vereinigt. Diesem sowie den Kreisen würde das Gesetzgebungsrecht in allen völkischen, kulturellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zustehen.

— (Ein guter Fang in der Krim.) Die Kaiserin-Witwe von Rußland, die Großfürstin Nikolai Nikolajewitsch, Peter Nikolajewitsch und Alexander Michailowitsch sind auf dem Gute Djulbar südlich von Jalta auf der Krim in deutsche Gewalt gefallen. Sie waren bisher von 25 Matrosen bewacht und völlig von der Außenwelt abgeschnitten. „Weber der gewesene russische Generallieutenant Nikolai Nikolajewitsch, der Herr der furchtbaren russischen

Dampfwalze, der mit seinen Millionenarmeen die Mittelmächte zu überfluten und niederzuwalzen gehofft hatte, noch die Zarinwitwe, die Mutter des Czaren Nikolaus II., die bei Kriegsausbruch, als sie auf einem Extrazug durch Deutschland nach Petersburg fuhr, ihrer chauvinistischen dänisch-russischen Abneigung gegen die Deutschen so leidenschaftlichen Ausdruck verliehen hat, dürften im Traume daran gedacht haben, daß der Krieg für sie mit ihrer Gefangennahme durch deutsche Truppen endigen würde. Welche Wendung durch Gottes Fügung! Welch furchtbarer Sturz des Hochmuts der russischen Großfürsten aus Titanenhöhe in den Abgrund des Nichts. Vor vier Jahren noch war ihnen das weite Rußland zu klein und enge und gedachten sie ihrer Machtgier durch Ströme von Blut noch mehr Raum zu schaffen. Nun müssen sie froh sein, daß ihre Gefangennahme sie von härterem Los befreit." (Reichspost.)

— (Die begrenzten Möglichkeiten Amerikas.) Laut „New-York Sun“ ist General Wood aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. Der wahre Grund dürfte die Undurchführbarkeit seines seinerzeitigen Antrages sein, wonach ein Fünf-Millionen-Heer aufgestellt werden sollte. Es wurde nachgewiesen, daß die amerikanische Ausrüstung für höchstens 3,5 Millionen Mann geliefert werden kann und daß man nicht so viel Schiffe bauen kann, um eine solche Armee in zwei bis drei Jahren zu befördern, abgesehen von der gewaltigen Belastung des Arbeitsmarktes.

— (Nach den Friedensschlüssen im Osten.) FMÖ Otto v. Gerstner führte in einem in Wien gehaltenen Vortrag aus: Das wichtigste Ereignis im Osten ist die Zertrümmerung des russischen Reiches, die Aufrichtung der selbständigen Randstaaten, die stark auf das Schlagwort von der Selbstbestimmung der Völker reagierten. Dadurch haben wir jede Grenzlinie mit Rußland verloren, dessen nächster Punkt etwa 600 Kilometer von unserer Grenze fern sein wird. Es ist aber auch durch diese Ereignisse dem tatarischen Drang der Knete und der Orthodoxen, die sich den Westen unterjochen wollten, ein Ende gesetzt worden. Finnland dürfte ganz zur Nachsphäre Deutschlands gelangen, ebenso auch die baltischen Provinzen. Noch unbestimmt ist die künftige Staatsform von Litauen; auch die Weißrussen regen sich und rufen nach Selbständigkeit. Vielleicht treten sie in eine Art Bundesgenossenschaft mit Deutschland. Die Verhältnisse Polens treten noch nicht klar zutage. Dafür aber sollten wir uns an die Ukraine halten, deren Reichtum an Getreide, Kohle und Erzen geradezu unerschöpflich ist. Nur muß der Donauweg und die Fahrt durch die türkischen Meerengen für die Ausfuhr frei sein.

— (Die Schiffsraumnot — überwältigend.) Josef MacLay, der Leiter des englischen Schiffsverkehrs, hat durch Vermittlung des Londoner Vertreters der „New-York Times“ folgenden packenden und vielsagenden Aufruf an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten gerichtet: Die Schiffsraumnot ist überwältigend. Nur die Vereinigten Staaten können uns helfen. Unsere Lage wäre nicht hoffnungslos, wenn Ihr Euer Versprechen hieltet. Ihr müßt bedenken, daß der reine Verlust der Westmächte im Jahre 1917 598 Schiffe betrug. Diese Flotte hätte genügt, um allen Weizen einzuführen, den England braucht, das heißt 50 bis 75 v. H. der gesamten englischen Lebensmitteleinfuhr. Ferner versenkten die deutschen U-Boote mehr als doppelt so viel Schiffe, als die britischen Verften bauen. Zwar wächst die Zahl der amerikanischen Truppen in Europa täglich, aber jeder ankommene Soldat steigert die Schiffsraumnot durch die notwendigen Zufuhren an Nahrungsmitteln, Kleidung und Munition. Die Schiffsnot ist erst jetzt so ernst geworden. Unsere Leute sind kriegsmüde, ihre Nerven durch die dreieinhalbjährige Entbehrung überreizt und unbarmherzig erschöpft. Kein Wunder, daß Ihr Soldaten darunter leidet. Amerika kann helfen. Unsere Lage ist kritisch, besonders bis zur nächsten Ernte. Mit unseren Lebensmitteln liegen wir fest, wir können nicht mehr zurück, doch Ihr Amerikaner habt Menschen, Talente und Rohmaterial, um die Sache des Verbandes zu erlösen. Auch das Unternehmen Zeebrugge beweist, daß dem Engländer das Messer an der Kehle sitzt.

Mitterdorf. (Sterbefälle.) Am 3. Mai ist der Schüler Alois Perz, 9 Jahre alt, in Malgern 35 gestorben; am nächsten Tage folgte ihm die 83 jährige Keuschlerin Maria Kren in Ort 20. Am 12. Mai aber hat man die Bürgermeisterin Josefa Siegmund, Mitterdorf 11, zu Grabe getragen. Eine große Zahl von Leidtragenden aus Mitterdorf und Gottschee folgte ihrem Sarge. Die Verstorbene, wohl vorbereitet durch andächtigen Empfang der Sterbesakramente, erfreute sich als Hausfrau und Wirtin allgemeiner Achtung. Hestig auftretende Rippenfellentzündung hat ihrem Leben ein Ende gesetzt. Sie hat ein Alter von 67 Jahren erreicht.

— (Hauptversammlung.) Die Mitglieder und Freunde des hiesigen Spar- und Darlehenskassenvereines und der Vieh- und Schweinezuchtgenossenschaft werden hiemit zur Hauptversammlung, welche am 2. Juni um 3 Uhr nachmittags beim Kassenobmann stattfindet, eingeladen. Sollte zur angegebenen Stunde die Beschlussfähigkeit nicht vorhanden sein, findet eine halbe Stunde später eine zweite Versammlung statt, welche bei jeder Zahl von anwesenden Mitgliedern zur nachstehenden Tagesordnung Beschlüsse fassen wird. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Prüfung und Genehmigung der Jahresrechnung, 3. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrates, 4. Allfälliges.

Mösel. (Heimgekehrt.) Johann Lobe aus Obermösel wurde am 31. August 1914 verwundet, erhielt in jeden Fuß eine Kugel und kam in russische Gefangenschaft bis in die Mandschurei nach Nikolai-Ussuriski, von wo er am 15. Mai kränklich heimgekehrt ist. Möge er in der Heimat, wonach er sich so gesehnt hatte, die volle Gesundheit und Lebensfrische wieder erlangen.

— (Kriegsgetraut) wurde am 1. Mai Johann Ladner aus Neugereut, Pfarre Unterlag, mit Franziska Grguritsch aus Oberpöfstein.

Nesseltal. (Vortrag über Bienenzucht.) Am 12. Mai l. J. hielt Herr Lehrer Wilhelm Tschinkel im hiesigen Schulhause einen Vortrag über Bienenzucht. Die Versammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuches und die Teilnehmer — Männer, Frauen, Burschen und Mädchen — hörten aufmerksam dem wirklich volkstümlichen Vortrage zu. Mögen die gemeinverständlichen und anregenden Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sein und der ertragreichen Bienenzucht seitens der Bevölkerung lebhaftes Interesse entgegengebracht werden!

— (Trauung.) Am 14. d. M. wurde Herr Lehrer Hans Rabuse aus Nesseltal, dormalen Fährich im LZR Nr. 27, mit Fräulein Bibia Bartu in Admont getraut. Unsere herzlichsten Glückwünsche!

Summerdorf. (Heimgekehrt.) Vor einigen Wochen kam der hiesige Besitzer und Familienvater Johann Jonke von Haus Nr. 5 nach fast 36 Monaten aus der russischen Gefangenschaft in seine Heimat zurück. Er geriet am 22. März 1915 bei der Übergabe von Przemyśl in russische Gefangenschaft. Anfang Jänner des heurigen Jahres flüchtete er aus Rußland, bis er endlich nach vielen Plagen und Mühseligkeiten zur Freude der Seinigen zu Hause ankam. Er weiß schreckliche Dinge vom Moskowiterreiche zu erzählen; von der Revolution, von den Bolschewiki und den zügellosen Tscheken, vor denen kein Gefangener deutscher Nationalität sicher gewesen ist.

Lienfeld. (Keine Nachrichten.) In der letzten Gemeindeausschusssitzung wurde für die Errichtung von Soldatenheimen 50 K, dem Deutschen Schulvereine 20 K gewidmet. Durch die Schulkinder wurden in der Schulgemeinde, bestehend aus den Ortsgemeinden Lienfeld und Schwarzenbach, in der Kaiser Karl-Woche K 2330 gesammelt, die ihrer Bestimmung zugeführt wurden. Für Soldatenheime wurden in der Gemeinde Lienfeld durch Sammlung von Haus zu Haus 208 K aufgebracht. Die hiesige Schulvereinsgruppe zählte im Jahre 1917 69 Mitglieder, hatte also trotz des Krieges einen Zuwachs zu verzeichnen. An die Hauptleitung konnten K 14150 abgeführt werden.

Graz. (Todesfall.) Am 19. Februar 1918 ist in Graz Fräulein Anna Linhart im 76. Lebensjahre gestorben. Die Ver-

ewigte war die Schwester des Bezirksarztes Dr. Hermann Linhart und war durch zehn Jahre als Werkmeisterin in der nunmehr aufgelassenen Abteilung für Korbflechterei an der Gottscheer Fachschule für Holzindustrie tätig gewesen. Sie wird gewiß in Gottschee noch manchen Bekannten haben. Sie ruhe in Frieden.

Laibach. (Auszeichnung.) Dem Herrn Kaiserl. Rat Johann

Koeger in Laibach wurde das Kriegskreuz für Zivilverdienste 3. Klasse verliehen.

Wien. (Zur Aufnahme) von braven, talentierten Jünglingen im Alter von 14 bis 16 Jahren, die Neigung haben zum Ordens- und Lehrerberufe, sind auf Verlangen Prospekte erhältlich bei der Juvenatsdirektion der christlichen Schulbrüder in Wien 21./8, Strebersdorf.

Bei einmaliger Einschaltung kostet die viergespaltene Kleindruckzeile oder deren Raum 10 Heller, bei mehrmaliger Einschaltung 8 Heller. Bei Einschaltungen durch ein halbes Jahr wird eine zehnprozentige, bei solchen durch das ganze Jahr eine zwanzigprozentige Ermäßigung gewährt.

Anzeigen.

Die Anzeigengebühr ist bei einmaliger Einschaltung gleich bei Bestellung, bei mehrmaliger vor der zweiten Einschaltung zu erlegen. — Es wird höflichst ersucht, bei Bestellungen von den in unserer Blatte angezeigten Firmen sich stets auf den „Gottscheer Bote“ zu beziehen.

Verein der Deutschen a. Gottschee in Wien.

Sitz: 1., Himmelpfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag im Vereinslokale „Zum roten Fagel“, 1., Albrechtsplatz Nr. 2.

Der Grundbesitz

samt Haus Nr. 40, in Lienzfeld bei Gottschee wird parzellenweise freihändig versteigert.

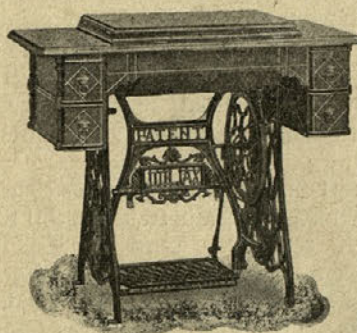
Der Besitz hat ein Ausmaß von etwa 30 Joch.

Die Versteigerung findet

Dienstag den 21. Mai 1918 um 12 Uhr mittags
an Ort und Stelle beim Hause statt.

Ljudska posojilnica (Volkskredit) in Laibach.

Reichhaltiges Lager der besten und billigsten
Fahrräder und Nähmaschinen
für Familie und Gewerbe.



Schreibmaschinen.
Langjährige Garantie.



Johann Jax & Sohn - Laibach
Wienerstrasse Nr. 15.

Unserem lieben Freunde Herrn

Viktor Loy

zu seiner Kriegsauszeichnung herzlichsten Glückwunsch und donnernden Heilgruß!

Heinrich der edle Finkler, Gustl, Josef, Anton,
Albert, Braune, „Wasson“.

EMERICH SOHR
FRÄULEIN RESI MICHITSCH

VERLOBTE.

BEZDAN

KOFLERN

12. MAI 1918.

Jeder sein eigener Reparateur!



Meine Sumar-Handnähahle näht Steppstiche wie mit Nähmaschine. Größte Erfindung, um Leder, zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Felle, Teppiche, Wagentdecken, Zelbstoffe, Filz, Fahrradmäntel, Säcke, Leinwand und alle andern starken Stoffe selbst flicken zu können. Unentbehrlich für jedermann. Eine Wohlthat für Handwerker, Wandwirte u. Soldaten. Ein Juwel für Sportsleute. Feste Konstruktion, linderleichte Handhabung. Garantie für Brauchbarkeit. Übertrefft alle Konkurrenzfabrikate. Viele Belobungsschreiben. Preis der kompletten Nähahle mit Zwirn, 4 verschiedenen Nadeln und Gebrauchsanweisung K 3.90, 2 Stück K 7.50, 3 Stück K 11. Versand bei Geld-Voreinsendung portofrei, bei Nachnahme Porto extra, ins Feld nur gegen Voreinsendung durch Josef Pelz in Troppan, Olmückerstraße 10. — Wiederverkäufer gesucht.